

2. Frage

Was werden Sie unternehmen, um die **politische Bildung** an den Schulen entscheidend zu verbessern, damit unseren Kindern und Jugendlichen die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes nachhaltig vermittelt werden?

Antworten:

(Die zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten sind nach der Reihenfolge des Eingangs ihrer Antworten genannt)

CDU Breisgau Wahlkreis 48 **Dr. Patrick Rapp:**

„Grundlegend für eine Bewertung der demokratischen Verfassung unseres Landes ist zunächst das Wissen über die Zusammenhänge unterschiedlicher Ebenen, die im politischen Raum tätig sind. Insofern ist es aus meiner Sicht grundlegend, die verschiedenen Akteure, deren Aufgaben aber auch die Grenzen der Verantwortung, die Ebenen der Entscheidungen neutral und korrekt darzulegen. Dies gilt für die Vermittlung der Aufgaben und Bedeutung von Gewerkschaften, von Interessensverbänden, unterschiedlichen politischen Organen und Entscheidungsgremien und deren Bedeutung - vom Europäischen Parlament bis hin zum Ortschaftsrat. Als Vater erlebe ich aktuell, dass die Diskussion über gesellschaftliche Fragestellungen der Vermittlung des o.g. teilweise vorgezogen wird. Hier ist aus meiner Sicht ein erster und grundlegender Ansatz, um die von Ihnen gestellte Zielsetzung zu erreichen. Da ich mir nicht anmaße, dass meine Beobachtung als Vater von schulpflichtigen Kindern aber auch meine Erfahrungen als Politiker und aus dem beruflichen Leben absolut und abschließend sind, will ich keine weitere Konkretisierung vornehmen.“

FREIE WÄHLER Freiburg I Wahlkreis 46 und Freiburg II Wahlkreis 47

Prof. Dr. Johannes Gröger:

„Ich engagiere mich bereits seit Jahren im Bereich der politischen Bildung und des politischen Diskurses an Schulen. Mindestens einmal pro Halbjahr unterbreite ich das Angebot, entweder im direkten Gespräch, oder gegenwärtig digital, überaktuelle Themen mit Schülerinnen und Schülern zu diskutieren. Unsere Fraktion hat schon mehrfach die Initiative ergriffen von der Möglichkeit der einer Fragestunde für Einwohner (§ 33 Abs. 4 GemO), hierzu gehören natürlich auch Schülerinnen und Schüler, Gebrauch zu machen. Vor der Mehrheit des Gemeinderates wird dies, für mich nicht nachvollziehbar abgelehnt.“

Die Basis Freiburg I Wahlkreis 46 **Wolfgang Daubenberger:**

Antwort 1, gilt für alle 4 Fragen

WIR 2020 Breisgau Wahlkreis 48 **Ulrich Gläser:**

„In der Bildung sieht unser Konzept vor, dass Eltern für ihre Kinder von der Kita bis zur Berufsreife Kindergärten und Schulen frei wählen können, wobei Kindergärten und Schulen eigene und unterschiedliche pädagogische Konzepte entwickeln dürfen. Jedes Kind kann einen Berufsabschluss erlangen, wenn es nach seiner Persönlichkeit gefördert und für seine Fähigkeiten anerkannt wird. Der Bewertungskatalog für Schulnoten ist bisher viel zu eng gefasst, um jedem Schüler gerecht zu werden.

WiR brauchen: Mehr Freiheit, mehr Freiräume für Erzieher, Lehrer, Eltern und Kinder. Gemeinsam geht mehr! Und gerade bei Kindern gilt: Wer jedem das Seine geben will, darf nicht allen dasselbe geben! Wichtig für das soziale Lernen ist vor allem das gemeinsame Spielen und Lernen von der Kita bis in die Grundschule, das zwischenmenschliche Gemeinschaftserlebnis. Im Miteinander werden Gefühle wahrgenommen und erlernt. Positiv fühlen lernen! Wer als Kind Wertschätzung und Anerkennung erlebt hat, wer ein pädagogisches Konzept erlebt hat, das zu seiner Persönlichkeit passt, wer also als Kind nicht zum Außenseiter oder Versager deklariert wurde, der braucht sich später nicht zu radikalieren. Deshalb plädieren WiR für bildschirmfreie Kitas und Grundschulen.“

AfD Freiburg II Wahlkreis 47 **Karl Schwarz:**

„Politische Bildung muss stets ideologiefrei vermittelt werden, das Überwältigungsverbot muss wieder stärker beachtet werden. Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der "Gewinnung eines selbständigen Urteils" zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der - rundum akzeptierten - Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers. Unsere Kinder müssen vor Gender Mainstreaming, Klima-

hysterie und jegliche kommunistische Einflüsse geschützt werden und nach dem Motto der deutschen Revolution „die Gedanken sind Frei“ erzogen werden.“

AfD Emmendingen Wahlkreis 49 Andreas Marowski:

„Die Bildungsexperimente der Vergangenheit haben in den jüngeren Generationen ihre Spuren hinterlassen und tun dies leider noch immer. Deshalb ist eine grundsätzliche Überarbeitung des Lehrplanes sowie die Abkehr von der ideologisch geprägten Frühsexualisierung oder auch vom nachweislich schlecht für die Entwicklung von Lese- und Schreibverständnis wirkenden „Schreiben lernen nach Gehör“ dringend angeraten. Kinder müssen in einem geschütztem, ihrem jeweiligen Alter entsprechenden Rahmen behutsam, achtsam und ihrem jeweiligen Leistungsvermögen gemäß in ihrer Entwicklung gefördert aber auch gefordert werden. Dann erfahren und entdecken sie ihre Stärken und Fähigkeiten und entwickeln sich zu selbstsicheren, sich-selbst-bewussten Menschen, die Freude daran haben, ihren Teil zur Gesellschaft und zum Gemeinwohl beizutragen. Das was wir als einen weiteren Punkt raten, wird Ihnen möglicherweise nicht gefallen, aber unserer Meinung nach ist es von großer Wichtigkeit, dass Kinder und Jugendliche erfahren, dass es völlig legitim und in Ordnung ist, auf sein Heimatland, auf Deutschland stolz zu sein. Erst dann können Kinder wirklich Wurzeln schlagen. Erst dann werden sie sich in dem beschützenden Gefühl, Teil des großen Ganzen zu sein als Mitglieder einer Gemeinschaft empfinden, für die aus diesem Selbstverständnis heraus auch die Sorge um das Wohlergehen und die Freiheit anderer entsteht. In logischer Konsequenz entsteht daraus auch die Geisteshaltung, dass niemand aufgrund von seinem Geschlecht, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Sprich, das Gefühl von Mitverantwortung und die Bereitschaft zur Sorge um das Wohlergehen aller, die zu dieser Gemeinschaft gehören (wollen) entsteht auf der gemeinsamen Basis, sich seinem Land zugehörig zu fühlen und stolz auf dessen Leistungen und Errungenschaften sein zu dürfen. Und damit werden zweifellos auch die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vermittelt, denn dieses Wertefundament ist der Kern dessen, auf das wir hier in diesem Land vorbehaltlos stolz sein dürfen.“

ÖDP Freiburg I Wahlkreis 46 Peter Uhrmeister:

„Es muss Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach geben, maximale Klassengröße von 25 Schülerinnen und Schülern, unter schwierigen Bedingungen auch weniger konsequente Ausstattung der Schulen für Inklusions- und Integrationsleistungen“

Die PARTEI Emmendingen Wahlkreis 49 Andreas Heidinger:

„Kein Zeitdruck aufbauen, Schulen sind Orte der Bildung und dienen nicht der Produktion von Arbeitskräften. Abitur in 14 Jahren! Realschule 10 Jahre, keinen Stress und Leistungsdruck verbreiten. Mehr Lehrkräfte ausbilden. „

SPD Breisgau Hochschwarzwald Wahlkreis 48 Dr. Birte Könnecke:

*„Die Vermittlung demokratischer Werte, die Etablierung demokratischer Strukturen und das Erlernen demokratischer Verhaltensweisen soll ab der Kita Teil unserer Bildungseinrichtungen sein. Besonders engagierte Einrichtungen sollen mit den Siegeln "Demokratische Kita" und "Demokratische Schule" ausgestattet werden. Gemeinschaftskunde soll in den weiterführenden Schulen mindestens zwei Stunden pro Woche unterrichtet werden. Gemeinschaftsschulen werden als Katalysator für Demokratie dienen. Wenn Schüler*innen verschiedener sozialer und ethischer Herkunft, verschiedener Religion und sexueller Orientierung gemeinsam Demokratie, Toleranz und Diskussionskultur lernen, dann wird daraus ein Mehrwert für alle entstehen. „*

AfD Breisgau Wahlkreis 48 RAIN Martina Böswald:

„Ich halte unser Schulangebot für gut und richtig. Ich teile nicht die möglicherweise hinter ihrer Frage stehende These, dass unsere Kinder ihrer Lebensfreude beraubt werden sollen, um sich einer immerwährenden Schuld gegenüber allen anderen Menschen gewahr zu werden, denen es nicht so gut geht, wie unseren Kindern. Es ist nämlich nicht die Schuld von Kindern, wenn sie Eltern haben, die ihren Kindern ein gutes Leben ermöglichen können. Sie selbst, die Sie nun „Omas“ sind, hatten überwiegend ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand und genau das dürfen unsere Kinder auch haben.“

ÖDP Breisgau Wahlkreis 48 Patrick Throm:

„Als Lehrer in einer Werkrealschule, der meistens die älteren Jahrgänge unterrichtet, ist mir das Thema "Politische Bildung bei Jugendlichen" sehr vertraut. Über Mitsprache der Jugendlichen bei für sie interessanten Themen in der Schule, über die Institution des Klassenrates, über Gespräche von aktuellen politischen Themen, über Wahlen und Wahl-O-Mat, über die Schülermitverantwortung (SMV) etc. lernen die Schülerinnen und

Schüler sehr gut, wie eine Demokratie, wie Abstimmungen funktionieren. Das Problem, das ich sehe, liegt in den immer komplexer und schwerer werdenden politischen Problemstellungen, die meine Schülerinnen und Schüler ohne Erklärungen alleine nicht verstehen können. Hier sollte auch der Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien erwähnt werden. Meine Beobachtung ist, dass meine Abschlusschüler, wenn sie unsere Schule verlassen, ein gutes, demokratisches Fundament aufgebaut haben. Sie haben ihre Schulzeit in wesentlichen Punkten mitbestimmt.“

CDU Freiburg II Wahlkreis 47 Dr. Michael Arndt:

„Bildung beinhaltet Wissensvermittlung, aber auch Charakter- und Persönlichkeitsbildung. Das Bildungsziel ist der mündige, verantwortungsbewusste und aktive Staatsbürger in einer pluralen demokratischen Gesellschaft. Mit dem Leitfaden Demokratiebildung und daran anknüpfenden Fortbildungsangeboten hat die CDU die politische Bildung an allen Schularten gestärkt. Dieser Ansatz sollte vor weiteren Maßnahmen wirken und evaluiert werden. Mit dem Projekt #RespektBW und der Informationskampagne „Bitte Was?! Kontern gegen Fake und Hass“ wird ein klares Zeichen gegen Hass, Hetze und Fake News im Internet gesetzt. Die Servicestelle Friedensbildung der Landeszentrale für politische Bildung wurde gestärkt. Es geht um die Förderung eines friedlichen, respektvollen und solidarischen Miteinander. Demokratie ist immer wieder aktiv und spiralcurricular einzuüben! Zur Vermittlung demokratischer Werte und sozialer Kompetenzen sind auch Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen von Interesse sowie die Durchführung von Projekttagen und außerunterrichtlicher Veranstaltungen.“

SPD Freiburg II Wahlkreis 47 Gabi Rolland:

„Ich will das Fach Gemeinschaftskunde wieder besser im Unterricht verankern. Außerdem finde ich muss das Erlernen von demokratischen Prozessen noch stärker in die Schule integriert werden aber auch in außerschulische Organisationen, wo sich Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit treffen. Dazu gehört es auch Lehrkräften aber auch Übungsleiterinnen und -leitern ein gutes Fort- und Weiterbildungsangebot zu machen, sowohl von staatlicher wie verbandlicher Seite. Ferner muss die Landeszentrale für politische Bildung weiterhin ausgebaut und verstärkt werden.“

Die Linke Freiburg I Wahlkreis 46 Pascal Blank und

Die Linke Freiburg II Wahlkreis 47 Imke Pirch:

„Das Lehren und Lernen von reinen Faktenwissen ist völlig überholt und geht an dem Bedarf vorbei. Um auf die Zukunft vorzubereiten und Raum zum Leben und Gestalten zu geben, muss in Schulen individuell gefördert werden können, hin zur Selbstbestimmung. Themen wie Inklusion, Diversität, Umwelt-, Friedens- und Demokratiebildung müssen einen höheren Stellenwert einnehmen. Wir möchten die Lehrpläne öffnen, um mehr Zeit für die Förderung von sozialen, kommunikativen, kooperativen Kompetenzen zu haben. Auch im selbstständigen Lernen sehen wir die Chancen diese Kompetenzen individuell zu fördern. Mit dieser großen pädagogischen Aufgabe wollen wir die Lehrkräfte nicht alleine lassen, sondern die Schulen für andere pädagogische Berufsgruppen öffnen. Es sollen deutlich mehr Sozialarbeiter:innen eingestellt werden. Lehrkräfte sollen in Tandems arbeiten. Durch eine Schule für alle in Form von Gemeinschaftsschulen, dadurch längeres gemeinsames Lernen und gute Konzepte zur Inklusion wollen wir das offene, tolerante Miteinander leben fördern. Wir fordern eine aktive Antidiskriminierungspolitik. Für den Schulalltag bedeutet das verpflichtende antirassistische und interkulturelle Weiterbildungen für Lehrkräfte. Generell sollen mehr Menschen mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Wir wollen Antirassismus und Antifaschismus in der Landesverfassung verankern, um so eine Basis für mehr Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch in den Schulen sind wir für mehr Demokratie, d.h. die Vertretungsgremien der Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte sollen in ihren Rechten gestärkt werden. In der Pandemie sehen wir, dass es schwierig ist Lösungswege zu finden, die allen Lebensrealitäten gerecht werden. Damit das aber überhaupt möglich ist, müssen eben diese unterschiedlichen Stimmen gehört werden. Gelebte Demokratie auch in den Schulen. „

Bündnis 90/die Grünen Emmendingen Wahlkreis 49 Alexander Schoch:

„Wir stärken die Demokratiebildung in allen Schularten, was wir bereits im neuen Bildungsplan formuliert haben. Sie soll altersgerecht und in unterschiedlichen Facetten erfolgen. Es geht nicht nur darum, Wissen über Demokratie und demokratische Institutionen zu erwerben. Die Schüler*innen sollen demokratische Grundwerte an der Schule unmittelbar und selbstwirksam erleben und über tagespolitische Entscheidungen und Wirtschaftsprozesse diskutieren können. Wir wollen ihnen vermitteln: Die eigene Meinung zählt und Rechte und Verantwortung gehen Hand in Hand. Wir wollen Schulen darin unterstützen, Partizipationsmöglichkeiten von Schüler*innen am Schulleben auszubauen. An Pilotschulen jeder Schulart wollen wir wertvolle Erfahrungen für

eine Demokratisierung des Bildungswesens sammeln, indem wir das Schulleben demokratisch organisieren und selbstbestimmtes Lernen ermöglichen. Schule als Lern- und Lebensort ist – neben der Familie – besonders wichtig, um demokratische Werte und Einstellungen aufzubauen. Wir stärken die gesellschafts-wissenschaftlichen Fächer an allen Schularten und streben die Einführung eines gesellschaftlichen Profulfaches „Geschichte, Gemeinschaftskunde, Geografie“ an. Außerdem wollen wir die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen und weltweiten kolonialen Vergangenheit im Bildungsplan an allen weiterführenden Schulen verankern. Die Demokratiebildung ist für uns eng mit der Bildung für nachhaltige Entwicklung verbunden. Diese wollen wir weiter stärken. Angesichts der Klimakrise soll jeder junge Mensch das Wissen, die Fähigkeiten, Werte und Einstellungen erwerben, um zu einem nachhaltigeren, gerechteren und friedlicheren Zusammenleben in der Welt beitragen zu können. „

Bündnis C, Freiburg II Wahlkreis 47 Norbert Gießler:

„Bildung beginnt für mich mit der Bindung jeden Kindes an seine Eltern. Kitas, Kindergarten und Schule sollen die elterliche Bildung ergänzen aber nicht ersetzen. Das bedeutet für mich, dass Eltern in Eigenverantwortung ihre Werte, ihren Glauben und ihre Weltanschauung an ihre Kinder weitergeben. In diesem Prozess sollen im Schulunterricht Informationen und Wissen umfassend und uneingeschränkt möglich sein.“

SPD Emmendingen Wahlkreis 49 Sabine Wölfle:

„Ich fordere schon lange das Demokratieerziehung bereits in frühen Jahr beginnen muss. Der Wert von Demokratie muss mehr vermittelt werden, sonst geht die Wichtigkeit verloren. Gemeinschaftskunde muss ebenfalls mehr Raum in den Bildungsplänen bekommen.“

AfD Freiburg I Wahlkreis 46 Daniel Rottmann:

„Als Alternative für Deutschland setzen wir uns für mehr Geschichtsunterricht an den Schulen ein. Dabei sollte es auch verstärkt um die verschiedenen politischen Systeme gehen und um die Gefahren, die von Kommunismus, Sozialismus, Faschismus und Nationalsozialismus ausgehen.“

Bündnis 90/die Grünen Freiburg II Wahlkreis 47 Nadyne Saint-Cast :

*„Der Austausch mit Schüler*innen jeder Schulform und Altersklasse ist mir sehr wichtig. Gespräche mit Schulklassen ist für mich als Stadträtin immer ein Highlight meiner politischen Arbeit- und zwar in allen Schulformen. Im Gespräch mit den Schüler*innen lässt sich Politik anschaulich erklären, man erfährt deren Prioritäten und hat die Chance Vorurteile abzubauen. Als Mutter von drei Kita- und Grundschulkindern bin ich immer wieder erstaunt und beeindruckt, wie sich auch schon kleine Kinder für politisch-gesellschaftliche Grundfragen interessieren und wie sie fragend die Welt erkunden. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass Demokratiebildung in allen Schularten gestärkt werden sollte, auch in der Grundschule. Dafür werde ich mich im Landtag einsetzen. Sie soll altersgerecht und in unterschiedlichen Facetten erfolgen. Ich würde zum Beispiel gerne Geschichtswerkstätten an den Schulen anregen, die sich mit den Stolpersteinen, in ihrem Stadtteil und den dahinter stehenden Biographien beschäftigen. Es geht nicht nur darum, Wissen über Demokratie und demokratische Institutionen zu erwerben. Die Schüler*innen sollen demokratische Grundwerte an der Schule unmittelbar und selbstwirksam erleben und über tagespolitische Entscheidungen und Wirtschaftsprozesse diskutieren können. Wir wollen ihnen vermitteln: Die eigene Meinung zählt und Rechte und Verantwortung gehen Hand in Hand. Indem wir das Schulleben demokratisch organisieren und selbstbestimmtes Lernen ermöglichen, entwickeln wir die Schule als Lern- und Lebensort, um demokratische Werte und Einstellungen aufzubauen.“*

Die Linke Breisgau Wahlkreis 48 Rolf Seifert:

„Das Lehren und Lernen von reinen Faktenwissen ist völlig überholt und geht an dem Bedarf vorbei. Um auf die Zukunft vorzubereiten und Raum zum Leben und Gestalten zu geben, muss in Schulen individuell gefördert werden können, hin zur Selbstbestimmung. Themen wie Inklusion, Diversität, Umwelt-, Friedens- und Demokratiebildung müssen einen höheren Stellenwert einnehmen. Ich möchte die Lehrpläne öffnen, um mehr Zeit für die Förderung von sozialen, kommunikativen, kooperativen Kompetenzen zu haben. Auch im selbstständigen Lernen sehen wir die Chancen diese Kompetenzen individuell zu fördern. Mit dieser großen pädagogischen Aufgabe will ich die Lehrkräfte nicht alleine lassen, sondern die Schulen für andere pädagogische Berufsgruppen öffnen. Es sollen deutlich mehr Sozialarbeiter:innen eingestellt werden. Lehrkräfte sollen in Tandems arbeiten. Durch eine Schule für alle in Form von Gemeinschaftsschulen, dadurch längeres gemeinsames Lernen und gute Konzepte zur Inklusion wollen wir das offene, tolerante Miteinander leben fördern. Ich fordere eine aktive Antidiskriminierungspolitik. Für den Schulalltag bedeutet das verpflichtende antirassistische und interkulturelle Weiterbildungen für Lehrkräfte. Generell sollen mehr Menschen mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen im

öffentlichen Dienst eingestellt werden. Ich will Antirassismus und Antifaschismus in der Landesverfassung verankern, um so eine Basis für mehr Handlungsmöglichkeiten zu schaffen.

Auch in den Schulen bin ich für mehr Demokratie, d.h. die Vertretungsgremien der Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte sollen in ihren Rechten gestärkt werden. In der Pandemie sehen wir, dass es schwierig ist Lösungswege zu finden, die allen Lebensrealitäten gerecht werden. Damit das aber überhaupt möglich ist, müssen eben diese unterschiedlichen Stimmen gehört werden. Gelebte Demokratie auch in den Schulen.“

Die Basis Freiburg II Wahlkreis 47 Sabine Kropf:

Antwort 1, gilt für alle 4 Fragen

Volt Freiburg I Wahlkreis 46 Lisa Weinfurtnner,

Volt Freiburg II Wahlkreis 47 Franz-Josef Siegemund und

Volt Emmendingen Wahlkreis 49 Robert Kehrberg:

*„Bildung nimmt im Programm von Volt in Baden-Württemberg einen zentralen Stellenwert ein. Bildung muss der Garant für Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft sein. Das kann nur funktionieren, wenn alle Schüler*innen unabhängig ihres Hintergrund die Möglichkeiten haben, am Bildungsangebot vollumfänglich teilzuhaben. Verfehlt die Politik dieses Ziel, garantiert sie, dass Menschen sich aufgrund mangelnder Teilhabe von einer Gesellschaft, und im Extremfall von den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, abwenden, die aus ihrer berechtigten Sicht Ihnen diesen Zugang nicht gewähren kann. Wir planen in Baden-Württemberg politische Grundbildung zu fördern, ein eigenes Fach zur besseren Vorbereitung auf den kommenden Alltag, welches Schüler*innen auf Steuererklärungen, Versicherungsabschlüsse, Bürger*innenrechte und -pflicht und andere praxisnahe Tätigkeiten vorbereitet. Im Zentrum muss aber ein allgemeiner, flächendeckender Fokus auf universelle Teilhabe am Bildungssystem sein. Hierfür sind viele Schritte notwendig, und viele davon finden sich auch in unserem Wahlprogramm, etwa die Förderung von Gemeinschaftsschulen, eine ganz klare Priorisierung der Digitalisierung des Schulwesens und ein früherer Zugang zu Bildungseinrichtungen wie KiTas oder Kindergärten für alle Kinder. Grundlegend muss aber die Politik immer vom Anspruch getrieben sein, immer und überall Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich Kinder und Jugendliche positiv mit den Grundwerten identifizieren, auf denen unser gemeinsames Zusammenleben beruht.“*

Bündnis 90/ die Grünen Freiburg I Wahlkreis 46 Daniela Evers:

„Bildungspläne müssen neben dem Wissenstransfer reiner Zahlen und Fakten demokratisches Handeln und Denken vermitteln und einüben. Hier sehe ich - selbst Mutter zweier Kinder, die die Schule abgeschlossen haben bzw dieses Jahr abschliessen werden, noch Defizite im Schulalltag. Gerade die ganz praktischen demokratischen Beteiligungsformate spiegeln sich oft zu wenig in der schulischen Praxis wieder. U 18 / 16 Wahlen, in denen Wahlmodi erklärt und politische Informationsgewinnung eingeübt wird, Einbindung kommunaler Themen in geeigneten Fachstunden, Überwindung der Hemmschwelle durch Besuche der kommunalen Entscheidungsgremien oder beispielsweise einer Gemeinderatssitzung, zu der lokalen Schulen eingeladen werden und die entsprechend vor- und aufbereitet wird, aber auch Planspiele und Schülerforen, die Entscheidungsprozesse selbst nachahmen und begleiten können das Verständnis für demokratische Entscheidungen verbessern und Entscheidungsprozesse nachvollziehbar machen. Vermittlung von Wissen über Jugendbeteiligungsformate in den Städten und Gemeinden gehört gleichfalls dazu.

*Schüler*innenbeteiligung muss aber auch in den Schulen selbst entsprechend gepflegt und ernstgenommen werden. Insbesondere die Stärkung der SMVen als tatsächlich gewolltes und wertgeschätztes Instrument der Beteiligung sollte durch die Schulen gefördert und durch die Schulämter eingefordert werden.“*

ÖDP Emmendingen Wahlkreis 49 Michael Kefer:

*„Ich selbst bin Lehrer an einer beruflichen Schule und bekomme immer wieder mit, wie z.T. antisemitisches und rechtsradikales Gedankengut verbreitet wird. Als Religionslehrer vertrete ich immer wieder die These, dass die Religionen voneinander lernen können, wissen, was die Grundlagen und die Inhalte sind. Wenn es zu einem echten Dialog kommt, den ich in den Klassen mit unterschiedlichen Religionen pflege, werden Vorurteile und Hass abgebaut. Ebenso ist es mir wichtig eine Vernetzung von geflüchteten Menschen und den übrigen Schüler*innen zu schaffen. Der Religionsunterricht gerade auf berufsbildenden Schulen lässt die Diskussion und Erarbeitung dieser Themen zu. Darüber hinaus muss es mehr bildungspolitische Programme gegen rechts und gegen Antisemitismus geben. Studienfahrten zu Gedenkstätten des NS-Regimes müssen für alle Klassen zur Pflicht werden. Bildung muss Diskussionen über links bis rechts zulassen und aufzeigen, wo unrecht geschieht.*

Der Bildungsplan muss somit ein Aufarbeiten der deutschen Geschichte und der Konsequenz zur Auseinandersetzung mit dieser ab der 7. Klasse Pflicht werden. Das Land hat hier Sorge zu tragen, dass Unterrichtsmaterialien im Blick auf aktuelle Situationen immer wieder neu erarbeitet und sofort zur Verfügung gestellt werden.“

Klimaliste BW Freiburg II Wahlkreis 47 Fabian Aisenbrey:

„Meine Partei strebt ein Bildungswesen an, das Kinder, Jugendliche und Erwachsene dabei fördert, reflektiert handelnde, nachhaltigkeitsbewusste, selbstständige, verantwortungsbewusste und verantwortungsbewusst handelnde Menschen zu werden, zu sein und sich als solche weiterzuentwickeln. Eine freiheitlich-demokratische Grundordnung ist diesen Werten nach unserer Überzeugung immanent. Diese Werte werden auch im Pflichtunterricht zur Klimakrise weiter gefördert und vertieft werden.“